

Wirtschaft Steirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

Drei Jahre nach dem Grenzsturm:

Das Chaos und seine Folgen



Mindestsicherungs-
paradies für
Asylanten

Radikal-islamische
Tendenzen in
steirischen Schulen

EU macht
Ungarn zum
Sündenbock

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!



„Eine EU-Maut wäre eine unverantwortliche Belastung für die Steirer. Wir Freiheitliche werden nicht zulassen, dass österreichische Autofahrer von den Brüsseler Eurokraten geschöpft werden.“
(FPÖ-Verkehrssprecher LAbg. Erich Hafner zum geplanten EU-Mautsystem)

Die aktuelle Ausgabe des „Wir Steirer“ beleuchtet die gravierenden Auswirkungen der Zuwanderungswelle im Herbst 2015. Nachdem Österreich unter SPÖ und ÖVP damals nicht dazu in der Lage war, seine Grenzen zu sichern, liegt es nun an der türkis-blauen Regierung, den rot-schwarzen Scherbenhaufen in der Migrationspolitik aufzuarbeiten. Die aktuelle Bundesregierung wird den Negativfolgen der ungehinderten Massenzuwanderung unter anderem mit einer konsequenten Abschiebungspolitik und der Mindestsicherungsreform entgegenwirken. Die Landesregierung ist leider nicht dazu bereit, wirksame Begleitmaßnahmen zu setzen.

Das fehlgeleitete steirische Mindestsicherungsmodell hat dazu geführt, dass die Mehrheit der vollunterstützten Bezieher bereits Zuwanderer sind. Hier gilt es, dringend Maßnahmen zu setzen, um diese Sozialleistung österreichischerfreundlicher zu gestalten und dem Sozialtourismus aus aller Herren Länder endgültig den Riegel vorzuschieben.

Neben der desaströsen Sozial- und Budgetpolitik der schwarz-roten Landesregierung wird in dieser Ausgabe auch die drohende Belastung der heimischen Pendler durch eine sogenannte EU-Maut thematisiert. Wir Freiheitliche werben in diesem Zusammenhang für eine Petition gegen die Brüsseler Pläne, eine europäische Maut einzuführen. Gemeinsam werden wir es schaffen, die möglichen Belastungen abzuwehren.

Abschließend möchte ich betonen, dass es der Anspruch unseres Redaktionsteams ist, Sie, liebe Leserinnen und Leser, auf den folgenden Seiten über die Positionierung und die Aktivitäten der steirischen Freiheitlichen übersichtlich und umfassend zu informieren. Viel Vergnügen beim Lesen!

Ihr Mario Kunasek,
FPÖ-Landesparteiobmann
Bundesminister für Landesverteidigung



Steirer haben sich eine dyn

Freiheitliche setzen bei Oktoberfest beeindruckendes Zeichen



Mario Kunasek vor den 3.000 Besuchern des Hartberger Oktoberfests.

Die FPÖ Steiermark lud auch dieses Jahr zum Frühschoppen mit Bundesparteiobmann HC Strache im Rahmen des Hartberger Oktoberfests. Über 3.000 Besucher nahmen an der Veranstaltung teil. Im Mittelpunkt standen die Ansprachen von EU-Abgeordneten Harald Vilimsky, Landesparteiobmann Mario Kunasek und Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache. Ein zentrales Thema der Reden war die im kommenden Jahr stattfindende Europawahl.

Schwarz-roter Stillstandskoalition fehlt die Dynamik

Verteidigungsminister Mario Kunasek betonte in seiner Rede, dass es in der Steiermark dringend einer innovativeren und dynamischeren Art der Politik bedürfe. Das verkrustete schwarz-rote System sei längst überholt. Der freiheitliche Landeschef kritisierte vor allem die Schuldenpolitik der Landesregierung und die fehlende Bereitschaft, Reformen im Sinne der Steirer durchzuführen.

Bundesregierung lebt neuen Stil

HC Strache ging in seiner Wortmeldung auf die Erfolge der türkis-blauen Bundesregierung ein. Insbesondere die Einführung der Mindestpension, der Familienbonus Plus und die angestrebte Steuerentlastung strich der freiheitliche Bundesparteiobmann hervor. Weiters erläuterte der Vizekanzler die zahlreichen Maßnahmen im Bereich der Sicherheitspolitik. Zudem versicherte Strache

Inhalt

	Seite
Interview mit Mag. Beate Hartinger-Klein	4-5
SPÖ macht Steiermark zum Mindestsicherungsparadies für Nichtösterreicher und Asylanten	6-7
NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem!	8
Politischer Weckruf: Ungarn als Sündenbock verfehlter EU-Migrationspolitik	9
Radikal-islamische Tendenzen in heimischen Schulen	10-11
Charta des Zusammenlebens ist rot-schwarze Hommage an multikulturelle Gesellschaft!	12
Retro-Budget auf Kosten der Zukunft	13
Sozialhilfeverbände: Politik hinter verschlossenen Türen	14-15
Kulturforum Steiermark	16-17
Heimat in der Verfassung verankern	18
FPÖ Graz veranstaltete Herbstfest am Schlossberg	19



TOP: Herbert Kickl veranlasst die Stilllegung der steirischen Asyl-Betreuungsstellen in Steinhaus am Semmering sowie Graz-Puntigam und realisiert damit ein weiteres freiheitliches Wahlversprechen!



FLOP: Der gescheiterte Bundeskanzler und Ex-SPÖ-Chef Christian Kern hinterlässt in der Sozialdemokratie pures Chaos und wirft nach seiner Selbstnominierung als EU-Spitzenkandidat komplett das politische Handtuch.



amische Politik verdient!

und hoben Wichtigkeit der kommenden EU-Wahl hervor.



HC Strache betonte die Erfolge der Bundesregierung.



Harald Vilimsky kritisierte die Verfehlungen der EU.

den tausenden Besuchern, dass die türkis-blaue Bundesregierung ihren neuen Stil des konstruktiven Miteinanders auch weiterhin fortsetzen wird.

EU-Wahl: Klare Alternative zu SPÖ und ÖVP!

Der Europaabgeordnete Harald Vilimsky ging im Zuge seiner Ausführungen mit der Brüsseler Politik und ihren Auswirkungen auf Österreich hart ins Gericht. Er sprach vor allem das Versagen der Europäischen Union in den Themenbereichen Migration und Grenzschutz in aller Deutlichkeit an (siehe Interview). Insgesamt war spürbar, dass die europapolitischen Positionierungen der Freiheitlichen bei den Zuhörern auf großen Zuspruch stießen. Die FPÖ wird bei der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament jedenfalls die einzige patriotische und EU-kritische Alternative zu SPÖ und ÖVP sein.



Interview mit FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky

(Abgeordneter zum Europäischen Parlament)



Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Generalsekretär Vilimsky! Was waren aus Ihrer Sicht die größten Versäumnisse auf europäischer Ebene in den letzten Jahren?

Harald Vilimsky: Gerade in den großen, zentralen Fragen wie etwa der illegalen Migration hat die EU gezeigt, dass sie nicht liefern kann. Die von der deutschen Kanzlerin Merkel angeführte Politik der offenen Grenzen war fatal – nicht zuletzt deshalb, weil sie unter völliger Missachtung der Dublin-Regeln erfolgt ist. Viel besser wäre gewesen, Staaten wie Ungarn in ihren Bemühungen, die EU-Außengrenze zu schützen, von Anfang an zu unterstützen. Ähnlich beim Brexit: Hätte man die berechtigten Sorgen der Briten vor zu viel Brüsseler Zentralismus und zu viel Migration ernster genommen, wäre das Ausscheiden der Briten aus der EU vermeidbar gewesen. Die EU ist Weltmeister bei der Regulierung von Dingen wie Schnitzel-Bräunungsgraden und Glühlampen, bleibt den Bürgern aber Lösungen in zentralen Fragen schuldig.

Wir Steirer: Für welche Veränderungen treten die Freiheitlichen auf europäischer Ebene ein?

Harald Vilimsky: Wir wollen – gemeinsam mit unseren Partnerparteien – verhindern, dass es zu immer mehr Zentralisierung und damit zu einer Aushöhlung der Souveränität der Mitgliedsstaaten kommt. Wir wollen eine intensive Zusammenarbeit innerhalb der EU in wesentlichen

Bereichen wie etwa der Sicherheitspolitik oder beim Schutz der Außengrenzen. Gleichzeitig glauben wir, dass viele Dinge im Sinne der Subsidiarität nicht in Brüssel geregelt werden müssen, sondern bei den Nationalstaaten verbleiben. Natürlich ist der Schutz der Außengrenzen ein ganz wesentlicher Punkt heute und für die Zukunft. Unser Ansatz dabei ist klar: Sichere Außengrenzen gibt es erst dann, wenn keiner mehr durchkommt, der kein Recht dazu hat. Dafür setzen wir uns ein.

Wir Steirer: Was sagen Sie zur aktuellen Kritik an Ungarn seitens der Europäischen Union?

Harald Vilimsky: Ministerpräsident Orbán ist einer der Helden Europas. Er hat als einziger Regierungschef 2015 die Lage richtig erkannt und völlig korrekt gemäß den EU-Verträgen die EU-Außengrenze geschützt. Seine Haltung in der Migrationsfrage nimmt ihm das linke Polit-Establishment übel, weshalb man gegen ihn und seine Regierung ein Kesseltreiben veranstaltet. Dagegen haben die Orbán-Kritiker lange zugeschaut und geschwiegen, als etwa in Rumänien hunderttausende Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen die sozialistische Regierung zu demonstrieren und dabei von der Polizei niedergeprügelt wurden. Faktum ist: Orbán ist ein wichtiger und verlässlicher Partner im Kampf gegen die illegale Migration.

Interview mit Mag. Beate Hartinger-Klein

Wir Steirer: Sehr geehrte Frau Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz! Wie erlebten Sie die ersten Monate der Amtsübernahme?

Hartinger-Klein: *Sehr intensiv, das bringt die Größe meines Aufgabengebietes mit sich, schließlich habe ich ein Riesenministerium übernommen. Mein Ressort deckt so gut wie alle Bereiche des Lebens ab, von der Wiege bis zur Bahre. Deshalb bin ich mir natürlich der großen Verantwortung bewusst, die mein Amt mit sich trägt. Dieses Bewusstsein gibt mir aber auch die Kraft, die notwendigen Reformen in diesem Land durchzuführen. Die Amtsübernahme war eine Herausforderung, die ich jedoch mit viel Freude und Elan angegangen bin und auch mit großer Unterstützung meiner Familie.*

Wir Steirer: Welche konkreten Herausforderungen bringt die Arbeit Ihrer Ressorts mit sich?

Hartinger-Klein: *Zum einen ist es sicher die Fülle an Themen, die in meinen Bereich fallen. Ich bin fachlich für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Konsumentenschutz und Tierschutz zuständig. Es gilt wichtige politische Ziele, wie im Regierungsprogramm festgehalten, umzusetzen. Einige davon habe ich bereits durchführen können oder bin gerade dabei. Durch die Einbringung der Gesetze zur Sozialversicherungsreform sind wir schon einen großen Schritt weiter. Ein besonderes Anliegen ist es mir, geeignete Maßnahmen zu setzen, um die Zahl der gesunden Lebensjahre nachhaltig zu erhöhen. Dazu gehört es auch, die Gesundheitskompetenz der Österreicherinnen und Österreicher zu stärken, das kann langfristig unser Gesundheitssystem entlasten.*



Foto: © BMASG/Zimmer

Wir Steirer: Wo orten Sie im Bereich des Sozialstaates Österreich aus fachlicher Sicht Optimierungsbedarf?

Hartinger-Klein: *Wir setzen viele Maßnahmen um, besonders für von Armut betroffene Personengruppen. Etwa mit der Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze um 2,6 Prozent. Damit werden wir die Mindesteinkommen von Beziehern kleiner und kleinster Pensionen deutlich über der Inflation erhöhen. Insgesamt nimmt die Bundesregierung im Zuge der Pensionsanpassung rund 69 Millionen Euro in die Hand, um Altersarmut zu bekämpfen. In der Steiermark gibt es 280.000 Pensionsbezieher. Weit mehr als die Hälfte, nämlich rund 174.000, erhalten im Zuge der Pensionsanpassung mehr als die Inflationsabgeltung, weitere 106.000 Bezieher erhielten genau zwei Prozent. Ungefähr 43.000 Pensionisten in der Steiermark werden von der Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze um 2,6 Prozent profitieren. Da in der Steiermark überproportional viele Pensionisten Ausgleichs-*

zulage beziehen (rund 14 Prozent gegenüber neun Prozent in Gesamtösterreich), wird diese Maßnahme in der Steiermark auch ausnehmend vielen Leistungsbeziehern zugutekommen.

Außerdem schaffen wir ein neues Mindestsicherungs-Grundsatzgesetz mit dem erklärten Ziel, Armut zu bekämpfen. Daneben wird es einen flächendeckenden Ausbau der „Frühen Hilfen“ geben oder für Menschen mit Behinderung die Erhöhung des Pflegegeldes ab Pflegegeldstufe vier. Auch wenn die

Arbeitslosenzahlen rückläufig sind, müssen wir Anreizstrukturen schaffen, die eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt fördern. Sie sehen, das sind nur einige Punkte, es gibt noch viel zu tun.

Wir Steirer: Das System der Österreichischen Sozialversicherungen galt jahrzehntelang als nicht reformierbar. Wie haben Sie diesen Reformschritt vollzogen und was gilt es noch umzusetzen?

Hartinger-Klein: *Ein wesentliches Ziel der SV-Organisationsreform ist es, eine leistungsfähige, moderne und bürger-nahe Sozialversicherung zu gewährleisten, um bei gleichen Beiträgen den Menschen auch österreichweit die gleichen Leistungen anbieten zu können. Durch die Reduktion von 21 auf fünf Sozialversicherungsträger werden Doppelgleisigkeiten vermieden und Verwaltungskosten gesenkt sowie Einsparungs- und Optimierungspotenziale erzielt, um den Menschen aus den dadurch frei-*

„43.000 Pensionisten in der Steiermark werden von der Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze um 2,6 Prozent profitieren.“

Hartinger-Klein (Gesundheits- und Sozialministerin)

gewordenen Mitteln eine noch bessere und effizientere Versorgung zu gewährleisten. Die neun Gebietskrankenkassen werden zu einer Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zusammengeführt, die zu einem wichtigen Player im gesamten Gesundheitswesen wird, wobei den Landesstellen – natürlich auch der Steiermark – die Mittel erhalten bleiben. Die bestehenden fünf Betriebskrankenkassen haben die Möglichkeit, ebenfalls in die ÖGK hinein zu optieren oder sich als private Wohlfahrtseinrichtungen zu etablieren. Im letzteren Fall ist die Gleichwertigkeit hinsichtlich des Leistungs-, Versicherungs- und Beitragsrechts sichergestellt. In der Steiermark sind drei Betriebskrankenkassen betroffen: die BKK Voest Alpine Bahnsysteme (Leoben), die BKK Kapfenberg (Böhler) und die BKK Zeltweg. Derzeit ist noch nicht klar, welcher Weg (Integration oder private Wohlfahrtseinrichtung) eingeschlagen werden wird.

Die AUVA als solche wird bestehen bleiben, die Spitäler sowie eigene Einrichtungen werden weiterhin zur Versorgung der Versicherten unverändert zur Verfügung stehen. Einzig die Zusammenfassung in ein flexibles und modernes Management wird stattfinden. Beide AUVA-Standorte in Graz und Kalwang bleiben erhalten.

Wir Steirer: Welche Reformvorhaben liegen Ihnen im Bereich Gesundheit und Pflege besonders am Herzen?

Hartinger-Klein: Der Bereich der Langzeitpflege nimmt aufgrund seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung breiten Raum im Regierungsprogramm ein. Rund 1,4 Millionen Menschen in Österreich sind von der Thematik Pflege in unterschiedlicher Form betroffen. Im Hinblick auf die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung ist die Finanzierung von Gesundheit und Pflege eine große Herausforderung. Mir ist eine qualitätsvolle Pflege und Betreuung sowie ihre langfristige Sicherung ein wichtiges Anliegen, denn ein Pflegesystem ist nur dann erfolgreich, wenn es die beste

Leistung für alle garantiert. So wurde etwa bei der 24-Stunden-Betreuung ein breiter Diskussionsprozess mit dem Ziel einer Qualitätssicherung eingeleitet. Der Startschuss für die Umsetzung eines österreichweit einheitlichen Gütesiegels soll Anfang 2019 erfolgen. Als wesentliche Verbesserung für Pflegegeldbezieher, zur Unterstützung der Angehörigenpflege und um mehr Mittel für den Zukauf professioneller Pflegeleistungen zu haben, soll, wie bereits erwähnt, eine Erhöhung des Pflegegeldes ab der Pflegegeldstufe vier erfolgen. Außerdem hat das BMASGK unter anderem die Studie „Angehörigenpflege in Österreich“ in Auftrag gegeben und auf deren Grundlage Empfehlungen erarbeitet, die etwa die Lebensqualität pflegender Angehöriger erhöhen soll. Auch der Mangel an Pflegepersonal oder die Attraktivierung der Pflege sind wichtige Punkte, zu denen bereits Überlegungen angestellt werden.

Mir sind insbesondere folgende Reformvorhaben, die zu einem effizienteren Gesundheitssystem beitragen, wichtig: Zum einen die Stärkung der Primärversorgung durch Realisierung von 75 multiprofessionellen Primärversorgungseinheiten bis Ende 2021. Zum anderen

eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gesundheitsberufe, etwa durch die Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenkataloges zur Aufwertung der Allgemeinmedizin; aber auch der Ausbau sowie die Optimierung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Bereich der psychosozialen Versorgung und im Bereich „Frühe Hilfen“. Zudem die Sicherung des Zugangs der Bevölkerung zu teuren Medikamenten, etwa bei seltenen Erkrankungen durch sektorenübergreifende gemeinsame Optimierung der Medikamentenversorgung. Die Liste lässt sich noch lange fortsetzen, aber das würde den Rahmen Ihres Interviews sprengen.

Wir Steirer: Abschließend erlauben Sie uns noch die Frage, wie sich allgemein die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner in der neuen Regierung gestaltet?

Hartinger-Klein: Wir arbeiten sehr gut und harmonisch zusammen und das soll auch noch lange so bleiben.

Wir Steirer: Wir danken für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg in Ihren vielfältigen Verantwortungsbereichen!

„AUVA-Standorte in Graz und Kalwang bleiben erhalten.“

„AUVA-Einrichtungen werden zur Versorgung unverändert zur Verfügung stehen.“

Eine der größten Reformen in der Zweiten Republik:

bisher:

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger		
Unfallversicherung	Krankenversicherung	Pensionsversicherung
Allgemeine Unfallversicherung	9 Gebietskrankenkassen	Pensionsversicherungsanstalt
	5 Betriebskrankenkassen	
SVA der gewerblichen Wirtschaft		
Sozialversicherungsanstalt der Bauern		
Versicherungsanstalt für Eisenbahn und Bergbau		
Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter		
VA Notariat		

neu:

Dachverband der österreichischen Sozialversicherungen (DV)		
Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)		
Versicherungsanstalt für den öffentlichen Dienst, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB)		
Sozialversicherung der Selbstständigen (SVS)		
Pensionsversicherungsanstalt (PV)		
Allgemeine Unfallversicherung (AUVA)		

SPÖ macht Steiermark zum Mindestsicherungsparadies für Nichtösterreicher und Asylanten!

Drei Jahre nach dem Grenzsturm: Das Chaos und seine Folgen

Dank SPÖ und der zuständigen Landesrätin Doris Kampus: Seit Jahresbeginn Kosten von über 37 Millionen Euro, 46 Prozent sind ausländische Bezieher, darunter immer mehr Asylberechtigte, die den Steirern auf der Tasche liegen.



Obwohl die Freiheitlichen, belegt durch zahlreiche Initiativen im Landtag, seit Einführung der Mindestsicherung Jahr für Jahr vor einem völlig fehlgeleiteten und sozialromantisch orientierten Konzept warnen, weigert sich vor allem die SPÖ mit der zuständigen Soziallandesrätin Doris Kampus beharrlich, an dieser Hängematte für Sozialtouristen aus aller Herren Länder etwas zu ändern. Stattdessen sieht man fahrlässig zu, wie der Anteil an nichtösterreichischen Beziehern kontinuierlich ansteigt.

Bisher war es überhaupt nicht möglich, genauere Zahlen zu asylberechtigten Bezie-

hern zu erfragen. So wurde zwar im Zuge der Antragstellung der Aufenthaltsstatus geprüft, doch ließ sich dieser anschließend nicht mehr auswerten. Es war damit völlig offen, welche finanziellen Mittel aus der Mindestsicherung für Asylberechtigte angewandt wurden. Dieselbe Situation zeigte sich bei Aufzeichnungen über vorgenommene Rückforderungen bei zu Unrecht bezogener Mindestsicherung und deren Aufschlüsselung nach Staatsbürgerschaften. Jahr für Jahr wurden Millionenbeträge budgetiert und ausgeschüttet, obwohl völlig unklar war, wie viele Asylberechtigte Nutznießer oder wie hoch offene Rückforderungen über-

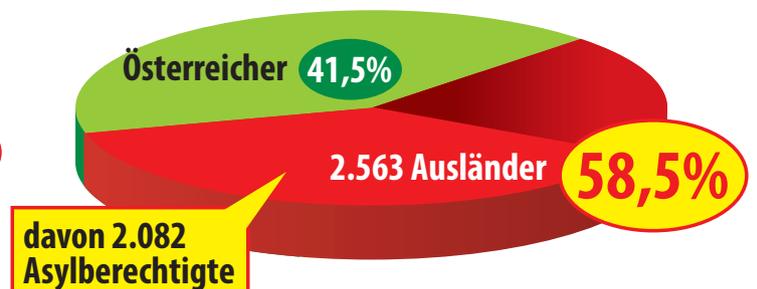
haupt waren beziehungsweise sind. Nun lassen sich die Folgen des von SPÖ und ÖVP zu verantwortenden Asylchaos des Jahres 2015 jedoch nicht länger verschweigen, da das rote Sozialressort aufgrund freiheitlichen Drucks endlich ein neues Erfassungssystem implementierte.

Nachdem die Freiheitlichen die neuen Möglichkeiten der Auswertung direkt in der ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause genutzt hatten, wurde ersichtlich, wie recht man mit den jahrelangen Warnungen vor einer Zuwanderung in den Sozialstaat behalten sollte. Jene Personen, die 2015

Mindestsicherungsbezieher in der Steiermark (Juli 2018)

Gesamt 16.818 Bezieher

4.378 vollunterstützte Bezieher (863 Euro pro Monat)





Interview mit
LAbg. Marco Triller, BA
(Sozialsprecher der FPÖ Steiermark)



„Die FPÖ wird nicht tatenlos zusehen, wie Personen aus aller Herren Länder dem steirischen Steuerzahler auf der Tasche liegen.“

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! In der letzten Landtagssitzung konnten Sie über eine Dringliche Anfrage die aktuellen Zahlen zur Mindestsicherung aufdecken. Waren Sie überrascht?

man ein Auseinanderdriften der Gesellschaft aufgrund von Sozialbetrügnern verhindern. Deshalb forderten wir auch einen Erhebungsdienst, der vor allem die Wohnverhältnisse von Mindestsicherungsbeziehern kontrollieren soll.

Triller: Ja, und zwar im negativen Sinne. Der Anteil der ausländischen Bezieher steigt und steigt und liegt steiermarkweit bereits bei 46 Prozent. Die FPÖ wird nicht tatenlos zusehen, wie Personen aus aller Herren Länder dem steirischen Steuerzahler auf der Tasche liegen.

Wir Steirer: Wird sich die zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus einsichtig zeigen?

Triller: Die Zahlen und Daten zeigen die unbestreitbare Notwendigkeit einer tiefgreifenden Mindestsicherungsreform. Nachdem SPÖ und ÖVP in ignoranter Untätigkeit verharren, haben wir aktuell die untragbare Situation, dass unser Sozialsystem von tausenden Migranten in Beschlag genommen wird. Vor allem die Tatsache, dass 30 Prozent aller Bezieher Asylberechtigte sind, ist schlicht unbegreiflich. Jeder hart arbeitende Steuerzahler kann sich bei diesen Zahlen nur empört von dieser schwarz-roten Landesregierung, die ein System der sozialen Hängematte ermöglicht, abwenden.

Wir Steirer: Von welchen Kosten sprechen wir und welchen konkreten Lösungsansatz können Sie anbieten, der sofort greifen würde?

Triller: In den ersten sieben Monaten des Jahres 2018 wurden bereits 37 Millionen Euro ausgegeben. Wenn es um den Erhalt des Wohlfahrtsstaates und der dafür notwendigen Solidarität der Bürger geht, darf bei Sozialmissbrauch keinesfalls weggesehen werden. Vielmehr muss mit aller Härte dagegen vorgegangen werden, will

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!



unkontrolliert in einem wahrhaften Grenzsturm in unser Land eindringen, begaben sich größtenteils direkt nach Erhalt eines positiven Asylbescheids in die Mindestsicherung und beziehen dort teilweise bis zu 863 Euro pro Monat fürs Nichtstun.

Die türkis-blaue Bundesregierung hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, österreichweit für klare Verhältnisse zu sorgen. So sollen anerkannte Flüchtlinge und Migranten mit schlechten Deutschkenntnissen, die noch nie ins System eingezahlt haben, nur noch 563 und somit um 300 Euro weniger erhalten. Mit dem neuen Modell wird Österreich deutlich an Attraktivität für ausländische Sozialtouristen verlieren.

Gesamtkosten von
Jänner bis Juli 2018:

**37,5
Millionen
Euro**



**Unterstützen auch Sie die Petition gegen die geplante EU-Maut!
Nähere Informationen unter www.fpoe-stmk.at**

NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem!

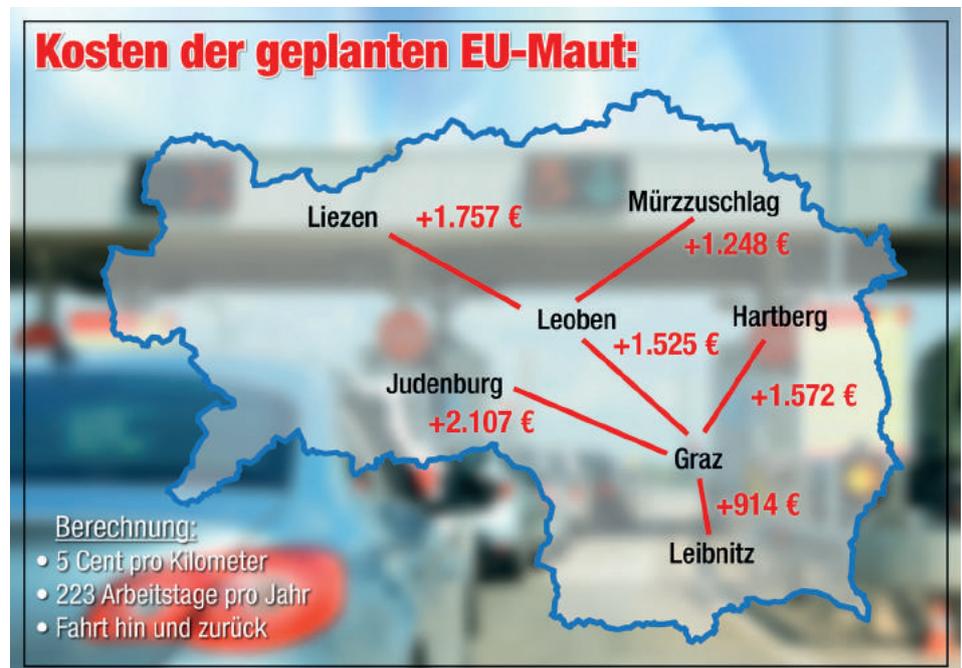
Im Gegensatz zu anderen Ländern erfolgt in Österreich die Einhebung der Autobahngebühr in Form einer Vignette und nicht aufgrund der tatsächlich gefahrenen Strecken. Dieses System hat den massiven Vorteil, dass Pendler dadurch entlastet werden und folglich der ländliche Raum gestärkt wird. Entgegen dieser bewährten Regelung plant die EU-Kommission, ein europaweit einheitliches PKW- und LKW-Mautmodell zu etablieren.

Die Höhe der Gebühr für die Benützung der heimischen Autobahnen soll dann von den tatsächlich gefahrenen Kilometern abhängig sein. Die durch die Einführung eines derartigen Modells bedingten Mehrkosten für die österreichischen Autofahrer würden zweifelsohne im Milliarden-Bereich liegen.

So bestätigte auch der ÖAMTC, dass sich ein derartiges Verrechnungssystem erst ab 5 Cent pro gefahrenen Kilometer auszahlen würde. Für tausende Pendler würden die Pläne der EU jährliche Mehrkosten von mehreren Hundert Euro bedeuten (siehe Grafik).

Die Freiheitliche Partei fühlt sich jedenfalls den Interessen der heimischen Pendler verpflichtet und hat sich daher von Beginn an gegen das Brüsseler Vorhaben ausgesprochen. Schließlich sind gerade in der ländlich geprägten Steiermark viele Menschen auf die tägliche Benützung der heimischen Autobahnen angewiesen, um zu

ihren Arbeitsplätzen in den Ballungszentren zu pendeln. Insbesondere der steirische EU-Abgeordnete Georg Mayer stellt sich gegen die Eurokraten-Pläne, weswegen er mit Unterstützung der FPÖ Steiermark für die von ihm initiierte Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem“ Unterschriften sammelt.





Interview mit
Mag. Dr. Georg Mayer
(Abgeordneter zum Europäischen Parlament)

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr EU-Abgeordneter Mayer, warum haben Sie die EU-Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem“ ins Leben gerufen?



Mayer: In Österreich und insbesondere in der Steiermark leben glücklicherweise nach wie vor viele Menschen abseits der Ballungszentren. Da viele von ihnen allerdings im urbanen Raum arbeiten, sind tagtäglich tausende Pendler auf die Benutzung der heimischen Autobahnen angewiesen. Gerade sie würden durch die Brüsseler Pläne am meisten geschöpft werden.

Wir Steirer: Mit welchen Mehrkosten müssten die steirischen Pendler rechnen?

Mayer: Für einen Südsteirer, der angenommen an 223 Arbeitstagen im Jahr von Leibnitz nach Graz pendelt, würden jährliche Mehrkosten von rund 900 Euro erwachsen. Autofahrer, die zwischen Hartberg und Graz pendeln, würden bei einem kilometerabhängigen Mautsystem jedes Jahr sogar rund 1.500 Euro an Mehraufwendungen tragen müssen. Diese Zahlen sind keineswegs aus der Luft gegriffen, sondern basieren auf den Berechnungen des ÖAMTC.

Wir Steirer: Wie kann man die Petition unterstützen?

Mayer: Man findet die Petition bzw. nähere Informationen zu der Aktion auf der Homepage der FPÖ Steiermark bzw. in allen steirischen FPÖ-Bezirksbüros aufliegend. Bis zum 15. Jänner 2019 haben alle Österreicher die Gelegenheit, sich unserem Widerstand gegen die Brüsseler Belastungspläne anzuschließen.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

POLITISCHER WECKRUUF:



Drei Jahre nach dem Grenzsturm: Das Chaos und seine Folgen

Ungarn als Sündenbock verfehlter EU-Migrationspolitik

Völlig verrückt: Das Europäische Parlament will Ungarn bestrafen, weil das Land die europäische Außengrenze schützt!

Manche Geschichten sind derart absurd, dass sie nur die Brüsseler Eurokraten schreiben können. So geschehen im Fall des seitens des EU-Parlaments beschlossenen Verfahrens gegen Ungarn. Doch der Reihe nach: Das mitteleuropäische Land sah sich bekanntlich im Jahr 2015 mit einer insbesondere von Angela Merkel ausgelösten Flüchtlingswelle konfrontiert.

Doch anders als etwa „unsere“ damalige rot-schwarze Regierung in Wien hielt sich Ungarn an europarechtliche Bestimmungen und schützte seine Grenze gegen den Ansturm der Migranten. Als „Dank“ wurde die ungarische Regierung von der europäischen Systempolitik postwendend als rassistisch und unmenschlich beschimpft, der steirische

ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer nannte Premier Viktor Orbán im Landtag Steiermark gar einen „Despoten“.

Man sollte meinen, dass die selbsternannten Tugendwächter mittlerweile dazugelernt und ihre Haltung gegenüber Ungarn überdacht hätten. So muss wohl jeder halbwegs vernunftbegabte Mensch eingestehen, dass die im Herbst 2015 eskalierte Massenmigration Europa vor gewaltige Probleme gestellt hat. Doch weit gefehlt! Im September dieses Jahres beschlossen unter anderem die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Europäischen Volkspartei, ein Verfahren gegen Ungarn einzuleiten.

Sie folgten damit der Aufforderung der grünen EU-Abgeordneten Judith Sargentini, die in ihrem Bericht explizit die restriktiven Praktiken Ungarns beim Einlass von Asylsuchenden auf ungarisches Staatsgebiet als Grund für die Sanktionen anführt. Damit bestätigte Brüssel, was ohnehin jedem bewusst war: Die spinnen, die rot-schwarz-grünen Eurokraten!

Drei Jahre nach dem Grenzsturm: Das Chaos und seine Folgen

PROBLEMFALL

Radikal-islamische Tendenzen in heimischen

Die undifferenzierte Massenzuwanderung in den letzten Jahren führte zu Parallel- und Gegengesellschaften, wodurch radikal-islamische Theorien auch zunehmend in heimische Bildungseinrichtungen getragen wurden. Die Hinweise auf den in den letzten Jahren stattgefundenen religiösen Wandel und die Überhandnahme des Islams in heimischen Schulen sind nicht zu übersehen.

Islamischer Religionsunterricht

Der Anteil von muslimischen Kindern in steirischen Schulen ist seit Jahren im Steigen begriffen. Bereits jeder zehnte Pflichtschüler in der Steiermark ist muslimischen Glaubens. In Graz gehören rund 25 Prozent aller Volksschüler dem islamischen Glauben an. An den Neuen Mittelschulen der Landeshauptstadt sitzen schon gut ein Drittel Muslime. Mit der Zahl der muslimischen Schüler steigt auch die Inanspruchnahme von islamischem Religionsunterricht. Dieser entspricht allerdings nur in seltenen Fällen den weltlichen Erziehungszielen, häufig werden radikale Theorien und islamistisches Gedankengut vermittelt. In der jüngsten Vergangenheit wurden immer wieder Fälle bekannt, in denen islamische Religionslehrer Kinder und Jugendliche bewusst ideologisch beeinflussen und ein den westlichen Werten gänzlich entgegenstehendes Weltbild verbreiteten. Damit wird der Grundstein dafür gelegt, dass junge Muslime von klein auf erst gar nicht mit unseren heimischen Werten in Berührung kommen und diese in weiterer Folge ablehnen.

Kulturkampf im Klassenzimmer?

An zahlreichen Schulen bilden muslimische Schüler mit einem konservativen bis fundamentalistischen Gedankengut mittlerweile die absolute Mehrheit. Zu dieser Erkenntnis kam auch Susanne Wiesinger, Lehrerin an einer Neuen Mittelschule in Wien, die in ihrem Buch „Kulturkampf im Klassenzimmer“

schonungslos radikal-islamische Tendenzen in Österreichs Schulen aufdeckte. Sie schreibt von Kindern, die im Islamunterricht Koransuren ohne Näheres zu hinterfragen auswendig lernen, von heutzutage völlig überholten Lehrplänen und von Islamlehrern, die teilweise sogar selbst bestätigen, dass die im islamischen Unterricht gelehrt Inhalte schrecklich sind. Auch im Regelun-

terricht gibt es massive Probleme, wie immer mehr Pädagogen schildern. Unterricht nach Plan ist unter den gegebenen Bedingungen oft nicht möglich – nicht mit Schülern, die schlecht Deutsch sprechen und schon gar nicht mit Muslimen, die religiöse Vorschriften über Bildungsinhalte stellen. Alles, was nicht mit dem Koran vereinbar ist, wird nicht akzeptiert, viele Inhalte werden aus religiösen Gründen verweigert.

Studie zur religiösen Wertorientierung muslimischer Schüler und Islamlehrer

Die aktuelle Situation an Österreichs Schulen im Zusammenhang mit dem Islam sowie die zahlreichen beunruhigenden Äußerun-



Foto: DFID – UK Department for International Development



Interview mit
LAbg. Mag. Stefan Hermann, MBL
(Klubobmann der FPÖ Steiermark)



SCHULE:

Bildungseinrichtungen

gen von heimischen Lehrkräften machen es notwendig, mit aller Entschlossenheit gegen fundamentalistische und radikal-islamische Ansichten, die offensichtlich in einer Vielzahl an Pflichtschulen verbreitet werden, vorzugehen. Um die schrittweise Unterwanderung unseres Wertesystems zu verhindern, fordert die FPÖ Steiermark eine Untersuchung zum Thema „Religiöse und ethische Orientierungen von muslimischen Schülern und Lehrern in der Steiermark“.

Angelehnt an die Studie des renommierten Islam-Wissenschaftlers Ednan Aslan über muslimische Flüchtlinge in Graz, welche erschreckende Ergebnisse zu Tage brachte, sollen muslimische Schüler ab der ersten Sekundarstufe und islamische Religionslehrer zum Thema Islamismus und deren Umgang mit der österreichischen Gesellschaftsordnung befragt werden. Die Studie soll Verfehlungen und Missstände in steirischen Schulen in Zusammenhang mit dem politischen Islam aufzeigen, woraufhin folglich zielorientiert gegen radikal-islamische Tendenzen vorgegangen werden kann.



Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Klubobmann! In der letzten Landtagssitzung wurde eine Aktuelle Stunde zum Thema „Islamismus in steirischen Schulen“ abgehalten. Seit dem Buch einer Wiener Lehrerin erheben immer mehr Lehrkräfte das Wort und berichten von massiven Problemen im Zusammenhang mit dem Islam. Wie beurteilen Sie die derzeitige Situation in heimischen Schulen?

Hermann: *Wir Freiheitliche warnen schon lange vor den erschreckenden Entwicklungen, die der ungehinderten Massenzuwanderung der letzten Jahre geschuldet sind. Ein hartes Durchgreifen gegen islamistische Umtriebe ist längst überfällig. Die türkisblaue Bundesregierung hat hier bereits den richtigen Weg eingeschlagen und beispielsweise ein Kopftuchverbot in Kindergärten umgesetzt. Geht es nach uns Freiheitlichen, soll dieses Verbot auch auf Schulen ausgeweitet werden – nicht nur für Schüler, sondern auch für alle Lehr- und Betreuungskräfte.*

Wir Steirer: In letzter Zeit haben sich auch Vertreter von SPÖ und ÖVP gegen islamistische Tendenzen ausgesprochen. Was sagen Sie zum „Einlenken“ der steirischen Landesregierung?

Hermann: *Spät aber doch ist auch Bildungslandesrätin Ursula Lackner zur Einsicht gekommen und hat sich für ein Kopftuchverbot ausgesprochen. Allerdings hat die Debatte in der letzten Landtagssitzung gezeigt, dass SPÖ und ÖVP von ihrer toleranzromantischen Haltung nur geringfügig abweichen wollen. Die gravierenden Missstände im Zusammenhang mit dem politischen Islam dürfen nicht länger ignoriert werden – radikal-islamische Strömungen haben in Schulen überhaupt nichts verloren!*

Wir Steirer: Welche weiteren Forderungen erhebt die FPÖ Steiermark, um die prekäre Situation in steirischen Pflichtschulen zu verbessern?

Hermann: *Integration ist primär eine Bringschuld der Zugewanderten. Den Kindern kann man keinen Vorwurf machen, aber das Verhalten von muslimischen Eltern, die ihren Nachwuchs am Integrationsprozess hindern, ist absolut inakzeptabel! Hier bedarf es Maßnahmen, um Integration einzufordern, wie etwa die Einbehaltung von Sozialleistungen für fundamentalistisch gesinnte Elternteile. Zudem braucht es einen Wertekodex für steirische Kindergärten sowie ein gänzlich neues Integrationsleitbild für die Steiermark.*

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!



Charta des Zusammenlebens ist rot-schwarze Hommage an multikulturelle Gesellschaft!

Integration ist eine Bringschuld der Zuwanderer

Die im Jahr 2011 von SPÖ, ÖVP und KPÖ gegen die Stimmen von Grünen und FPÖ beschlossene „Charta des Zusammenlebens in Vielfalt in der Steiermark“ hätte als Positionspapier die Haltung des Landes Steiermark zum Thema Integration darlegen sollen. Die wenigen vernünftigen Ansätze konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass entgegen der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung festgehalten wurde, die Steiermark wäre ein Einwanderungsland. Die Realität sieht jedoch anders aus: Kein Steirer, der seine Identität und sein Heimatbewusstsein nicht schon aufgegeben hat, wünscht sich, in einem multikulturellen Zuwanderungsland zu leben. Integration ist aus freiheitlicher Sicht eine Bringschuld der Zugewanderten und kann nicht der heimischen Bevölkerung mit Rufen nach



Toleranzromantisches Anbieterkonzept der schwarz-roten Landesregierung

Anpassung und falsch verstandener Toleranz aufgezwungen werden. Deshalb tritt die FPÖ für ein völlig neues Integrationsleitbild in der Steiermark ein.

Bereits Altlandeshauptmann Franz Voves sah aufgrund einer vorherrschenden Integrationsunwilligkeit massiven Handlungsbedarf. Um den drängenden Herausforderungen gerecht zu werden, muss die „Charta des Zusammenlebens“ durch ein konkretes und neues steirisches Integrationsleitbild ersetzt werden, das sich eng an das Programm der türkis-blauen Bundesregierung anlehnen soll. Die bisherigen politischen und gesellschaftlichen Anbietermaßnahmen der Landesregierung in Form der „Charta“ und des „Arbeitsprogramms Integration“ verursachen lediglich eine enorme Verschwendung

von Steuergeld und bewirken überhaupt nichts. Anstatt das sozialpolitische Füllhorn über hartgesottene Islamisten auszuschütten, bedarf es umfassender Konsequenzen für jene Migranten, die Integrationsunwilligkeit zu ihrer Handlungsmaxime erheben.

Als Eckpunkte eines neu zu schaffenden Integrationsleitbildes sind das Erlernen der deutschen Sprache, das Bekenntnis zur europäischen Kultur und Geschichte im Sinne einer aufgeklärten, christlich-abendländisch geprägten Werteordnung, die verfassungskonforme Durchsetzbarkeit von Konsequenzen bei Integrationsunwilligkeit und die steirische Brauchtumpflege festzuhalten. Natürlich kann der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft erst am Schluss einer gänzlich gelungenen Eingliederung in die heimische Gesellschaft und nach dem unverbrüchlichen Bekenntnis zur Heimat Österreich überhaupt diskutiert werden. Das Integrationskonzept der rot-schwarzen Landesregierung sah bisher den gesetzestreuen steirischen Bürger und seinen Umgang mit „Vielfalt“ als Problem. Die FPÖ Steiermark sieht jedoch vielmehr Islamisten und kriminelle Umtriebe als die wahre gesellschaftliche Herausforderung.

Retro-Budget

auf Kosten der Zukunft

Nicht wenige Zuhörer werden ein starkes Déjà-vu durchlebt haben, als die schwarz-rote Landesregierung Mitte September im Rahmen einer Pressekonferenz ihr Doppelbudget für die Jahre 2019 und 2020 präsentierte. Abermals schritt ein roter Finanzlandesrat vor die Medien um ein immenses Budgetdefizit schönzureden, wiederum mit dem Versprechen, nach der nächsten Landtagswahl einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu wollen. Für den leidgeplagten steirischen Steuerzahler gab es hingegen die traurige Gewissheit, dass sich das Land Steiermark unter ÖVP und SPÖ trotz wirtschaftlicher Hochkonjunktur auch in den kommenden zwei Jahren weiter verschulden wird. So soll der Schuldenberg in den Jahren 2019 und 2020 um weitere 177 Millionen Euro anwachsen.

Knapp fünf Milliarden Euro Schulden

Die selbsternannte „Zukunftspartnerschaft“ setzt damit ihren eigenen bereits vor Jahren eingeschlagenen Budgetkurs konsequent fort. Verzeichnete die Steiermark im Jahr 2005 noch einen Schuldenstand von 1,1 Milliarden Euro, waren es fünf Jahre später schon 3,7 Milliarden Euro, 2018 summieren sich die Verbindlichkeiten bereits auf knapp fünf Milliarden Euro. Damit haben sich die Schulden des Landes Steiermark unter rot-schwarzer bzw. schwarz-roter Führung innerhalb von nur dreizehn Jahren mehr als vervierfacht. Als Resultat ist jeder Steirer – vom Kleinkind bis zum Pensionisten – mit mehr als 4.000 Euro allein an Landesschulden belastet. Und daran wird sich auch wenig ändern, solange die Landesregierung Millionen Euro an Förderungen nach dem Gießkannenprinzip verteilt, alleine heuer

87,5 Millionen Euro für die Grundversorgung von Asylbegehren ausgibt und sich ein unausgeglichenes Mindestsicherungsmodell in budgetierter Höhe von 88 Millionen Euro leistet.

Türkis-Blau macht es vor

Diese Retro-Finanzpolitik auf Kosten zukünftiger Generationen war wohl einer der Hauptgründe, warum das überholte rot-schwarze Proporzsystem auf Bundesebene vor einem Jahr abgewählt wurde. Die türkis-blaue Koalition bedankte sich beim Wähler für das ausgesprochene Vertrauen postwendend. Erstmals seit Jahrzehnten wird es im kommenden Jahr auf Bundesebene keine Neuverschuldung geben. Die türkis-blaue Koalition wird im kommenden Jahr sogar einen Budgetüberschuss vorweisen können. Die Bundesregierung stellt damit wohl eindeutig unter Beweis, wer die Bezeichnung „Zukunftspartnerschaft“ tatsächlich verdient hat.



Jeder Steirer – vom Kleinkind bis zum Pensionisten – ist mit mehr als 4.000 Euro an Landesschulden belastet.

SOZIALHILFE

Politik hinter verschlossene

Gemeinden stöhnen über hohe Sozialhilfeausgaben

In der Steiermark bilden die Gemeinden jedes politischen Bezirks einen Sozialhilfeverband, der verschiedenste Leistungen erbringt. Dazu zählen die Jugendwohlfahrt, Behindertenhilfe, Pflege und Mindestsicherung. Zum Teil werden auch eigene Einrichtungen wie beispielsweise Pflegeheime betrieben. Das Land Steiermark übernimmt hierbei 60 Prozent der Kosten und die Gemeinden 40 Prozent. Insgesamt verwalten die Verbände jährlich rund 900 Millionen Euro.

Angesichts der in den letzten Jahren stark angestiegenen Sozialhilfekosten und der ineffizienten Verwaltungsabläufe ist es einer Vielzahl steirischer Gemeinden nicht mehr möglich, ausgeglichen zu bilanzieren. Auch die Sozialhilfeverbände spüren somit unmittelbar die negativen Folgen des Grenzsturms im Jahr 2015, als eine unkontrollierte Einwanderung in unser Sozialsystem stattfand. Nur durch massive Erhöhungen der Gemeindegebühren und mittels Bedarfszuweisungen des Landes können diese Umstände unter Kontrolle gebracht werden.

Interner Prüfbericht offenbart Kontroll- und Effizienzmängel

Im Sommer dieses Jahres wurde infolge medialer Berichterstattung bekannt, dass die zuständige Landesabteilung eine Prüfung der Sozialhilfeverbände durchgeführt hat und zum Schluss kam, dass eine Totalreform des bestehenden Systems dringend notwendig sei. Verschiedenste Kritikpunkte kamen auf diese Weise ans Tageslicht.

Erschreckend ist die Auszahlung von Sitzungsgeldern bis zu 1.170 Euro im Monat, insbesondere wenn man bedenkt, dass alle Vorstände mit SPÖ- oder ÖVP- Parteifunktionären besetzt sind und Darlehen jenseits von 70 Millionen Euro entgegengenommen wurden.

Außerdem seien in einem Rechnungsabschluss sogar Millionen Euro vergessen worden. Da mittlerweile über 99 Prozent Pflichtausgaben seien, rät der Bericht zum Überdenken dieser zusätzlichen Verwaltungsebene der Verbände.

Kommentar

LAbg. DI Gerald Deutschmann

(Finanzsprecher der FPÖ Steiermark)



„Die FPÖ wird sich weiter für eine nachhaltige Reform der Sozialhilfverbände einsetzen.“

ERBÄNDE

nen Türen

Landesregierung besteht auf Beibehaltung des bisherigen Weges der Intransparenz

Sämtliche Versuche der Freiheitlichen, eine Offenlegung dieses brisanten Berichtes gegenüber der Öffentlichkeit und des Landtages zu erwirken, scheiterten. Auch die Einsetzung einer Expertenkommission zur Erarbeitung von Reformen des derzeitigen Systems bis hin zu einer möglichen Auflösung der Sozialhilfverbände wurde von Schwarz-Rot abgelehnt. Landeshauptmann Schützenhöfer bestätigte zwar im Rahmen einer Dringlichen Anfrage in der Landtagssitzung vom 18. September 2018 die Kritikpunkte und erkannte auch den Reformbedarf, einen umgehenden Handlungsbedarf sah er allerdings nicht.

Angesichts der Hunderten Millionen Euro an Steuergeldern, die von den Sozialhilfverbänden verwaltet werden, ist eine transparente Behandlung dieser Thematik vonnöten und sicherzustellen. Da die steirische Landesregierung hierzu nicht bereit ist, erwägen die Freiheitlichen, den Rechnungshof mit der Durchführung einer Prüfung der Sozialhilfverbände zu beauftragen, um so eine öffentliche Diskussion zu ermöglichen.

Es ist bezeichnend für die schwarz-rote Landesregierung, dass diese vor einer öffentlichen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des internen Prüfberichts und möglichen Reformen zurückschreckt. Die steirischen Freiheitlichen warnen seit Jahren vor den parteipolitisch gesteuerten Vorgängen in den Verbänden und kritisierten insbesondere das üppig dotierte Funktionärswesen und die mangelnde Transparenz, denn auch bisher wurde stets verweigert, Auskünfte über das steirische Verbandssystem zu erteilen.

Man muss leider davon ausgehen, dass der zuständigen Landesabteilung und damit auch der Landesregierung die Reformbedürftigkeit des Verbandssystems und die offensichtlich vorliegenden Missstände bereits seit längerem bekannt sind. Dennoch passierte bisher nichts und angesichts der Haltung, die Landeshauptmann Schützenhöfer an den Tag legt, ist wohl auch nicht allzu bald mit konkreten Maßnahmen zu rechnen.

Gegenüber den heimischen Steuerzahlern stellt sich diese Trägheit und Geheimniskrämerei von Schwarz-Rot jedoch als Affront dar. Die FPÖ wird daher jedenfalls nicht lockerlassen und sämtliche parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um für eine nachhaltige Reform des bestehenden Systems zu sorgen.



Der Vorsitzende des KFS
Dr. Gerhard Kurzmann
mit Prof. Dr. Karl
Kubinzky.

Kultur Forum
Steiermark

Prof. Dr. Karl Kubinzky referierte über Grazer Straßennamen

Rund 170 Gäste folgten der Einladung Dr. Gerhard Kurzmanns zu einem durchaus kontroversiellen Thema im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik.

Unter den vielen Gästen im Wartingersaal befanden sich unter anderem der Grazer Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustachio und die Landtagsabgeordneten Hedwig Staller, Christian Cramer sowie Günter Wagner. Auch zahlreiche Vertreter der Grazer Stadtpolitik, wie die beiden Klubobmänner Karl Dreisiebner (Grüne) und Armin Sippel (FPÖ) sowie Klubobmann a.D. GR Peter Piffel-Percevic (ÖVP), fanden den Weg ins Steirische Landesarchiv.

Prof. Kubinzky, Mitglied der Kommission zu den Grazer Straßennamen, hielt fest, dass das Thema „Straßennamen“ wieder aktueller, darüber hinaus aber auch diskutierbarer geworden ist. Historiker liefern die für derartige Diskussionen notwendigen Fakten und hätten in diesem Fall ihren Auftrag mit der Vorlage des Berichts zu belasteten und

unbelasteten Namen erledigt. Aufgabe der Kommunalpolitik sei es laut Kubinzky nun, die unterschiedlichen Interpretationen zu beurteilen und zu einer allfälligen Lösung zu kommen. Die Vertreter der Grazer Rathausparteien versprachen, die Erkenntnisse der Historikerkommission sehr ernst zu nehmen und den Bericht dementsprechend aufzuarbeiten.

Gerhard Kurzmann zeigte sich erfreut, einen so profunden Kenner der Grazer Geschichte als Vortragenden für eine Veranstaltung des Kulturforums Steiermark gewonnen zu haben. Zwar werde das Thema der Straßenumbenennungen regelmäßig auf die politische Tagesordnung gehoben, er persönlich stehe aber Umbenennungen äußerst skeptisch gegenüber, da Geschichte nicht von einem moralisierenden Blickwinkel aus betrieben werden sollte.

Zum Kulturforum: Das Kulturforum Steiermark bietet kunst- und kulturaffinen sowie historisch interessierten Personen eine



v.l.n.r.: GR Ing. Roland Lohr, die LAbg. Christian Cramer, Günter Wagner und DI Hedwig Staller sowie Klubobmann Mag. Armin Sippel und Bürgermeister-Stv. Mag. (FH) Mario Eustachio.

unabhängige Plattform, sich untereinander auszutauschen. Ein besonderes Anliegen ist es, Persönlichkeiten aller politischen Richtungen zu Wort kommen zu lassen, um der gesamten gesellschaftlichen Meinungsvielfalt in einem anspruchsvollen Diskussionsprozess Platz zu geben.

Der „steirische herbst“ – gelungene Provokation oder gähnende Langeweile?

Der „steirische herbst“, das 1968 von Hanns Koren ins Leben gerufene „internationale Festival für zeitgenössische Kunst“, trägt heuer den bezeichnenden Titel „Volksfronten“. Der Anspruch der Programmverantwortlichen: „Die Kunst der Stunde ist Widerstand, ... in diesem Jahr ganz besonders.“

Wogegen richtet sich nun der mutige Widerstand der „Herbst“-Künstler? „Gegen Faschismus und Nationalsozialismus“ lautet die trotzige, volksfrontorientierte Antwort.

Aber mit dem Tod von Benito Mussolini und Adolf Hitler sind doch schon 1945 diese beiden totalitären Ideologien untergegangen! Wie mutig ist denn dann diese linke „Vergangenheitsbewältigung“? Der „Standard“ klärt uns darüber auf: „Um eine so richtig fette Volksfront hinzukriegen, die auch abgebrühte Materialisten beeindruckt,

braucht man eine Menge Kunstinteressierte. Die Intendantin stellte sich höchstpersönlich auf den ‚Nicht-Ort‘ des Europaplatzes vor dem Bahnhof und las den Rechtsrechten die Leviten.“

Bumm, das saß. Die „Rechtsrechten“ in Ungarn, Polen, Russland, aber auch in Österreich sind also das auserwählte Feindbild. Na, da werden den „rechtsrechten“ Orbans, Kaczynskis, Putins und anderen aber die Knie schlottern vor Angst angesichts dieser finster-heroischen „linkslinken“ Kampfansage der steirisch-herbstlichen Kulturschickeria.

Und die mutige Agit-Prop-Vertreterin aus Moskau las den ausgerechnet am Europaplatz massenhaft versammelten Rechtsrechten so richtig die Leviten? Es sind Versatzstücke aus der Mottenkiste ideologischer Klischees, die hier bedient werden. Auch so mancher Linke mag sich dabei nostal-

gisch gefragt haben: Wo sind die Zeiten, als Wolfgang Bauers „Gespenster“ in Graz die Gemüter erregte oder Werner Schwabs umstrittene Inszenierungen für heftige Diskussionen sorgten.

Die „Volksfronten“ polarisieren nicht. Die beabsichtigten Provokationen gehen ins Leere. Gähnende Langeweile scheint für viele das Fazit des heurigen „steirischen herbstes“ zu sein.

Till E. Ulenspiegel



Förderungen seitens des Landes Steiermark für den „steirischen herbst“

(LR Christopher Drexler):

2015: 2.005.422,50 Euro

2016: 1.975.190,00 Euro

2017: 2.195.500,00 Euro

Förderungen seitens der Landeshauptstadt Graz:

2015: 940.000 Euro

2016: 960.000 Euro

2017: 940.000 Euro

Gesamtförderungen 2015 bis 2017:

9.016.112,5 Euro

Der 12. November 1918 ein „Verfassungsfest“? Zeitgenössische Bedeutung und zeitgeistige Umdeutungen der Staatsgründung vor 100 Jahren

Dienstag, 13. November 2018 | 19:00 Uhr
Landhaus Graz | 2. Stock | Herrengasse 16

Das Kulturforum Steiermark und sein Vorsitzender
Dr. Gerhard Kurzmann laden ein zum Vortrag von

Ao. Univ.-Prof. Dr. iur. Christian Neschwara

Außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien
Mitglied der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Anmeldung bis 9. November 2018 unter info@kulturforum-steiermark.at oder 0316 - 877 5311

Kultur Forum
Steiermark

Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, dass Sie mit der Teilnahme an der Veranstaltung für Foto-, Ton- und Filmaufnahmen, die im Rahmen der Veranstaltung entstehen, Ihre Zustimmung erteilen.

Heimat in der Verfassung verankern!

„Das Land Steiermark bekennt sich zur Heimatpflege durch das Bewahren der landestypischen Brauchtümer und Traditionen“ – dieser Passus soll künftig im Steiermärkischen Landes-Verfassungsgesetz festgeschrieben werden. Die Freiheitlichen haben deshalb bereits einen entsprechenden Antrag im Landtag eingebracht, um den Schutz der steirischen Heimat in Verfassungsrang zu heben. Ein langfristiger Erhalt des bestehenden, reichhaltigen steirischen Erbes an landestypischen Traditionen und Bräuchen ist aus freiheitlicher Sicht besonders erstrebenswert. Die FPÖ bekennt sich dazu, dass die Verbundenheit zur Heimat die Grundlage jeglichen politischen Handelns sein muss. Ein unmissverständliches



Landesparteiobmann Mario Kunasek und Klubobmann Stefan Hermann fordern die Verankerung des Heimatbegriffs in der Verfassung.

Bekenntnis zu gewachsenen Traditionen, Brauchtümmern und Werten ist gerade angesichts der Migrationsströme der letzten Jahre ein wichtiger Symbolakt.

In einer zunehmend globalisierten Welt ist die Selbstdefinition über die identitätsstiftende Heimat eines der wesentlichsten Elemente für den Zusammenhalt und das Funktionieren der heimischen Gesellschaft. In Oberösterreich und Salzburg wurde die Aufnahme des Heimatbegriffes in die entsprechenden Landesverfassungen bereits thematisiert. Nur wer die eigene Kultur zu schätzen weiß, kann auch den Wert anderer Kulturen erkennen, davon sind die Freiheitlichen überzeugt.

FPÖ Steiermark beim Aufsteirern stark vertreten!



Die steirischen Freiheitlichen inmitten zahlreicher Besucher beim größten Volkskulturfest Österreichs.

Vom 14. bis 16. September 2018 fand in Graz das alljährliche Aufsteirern statt. Die vom ehemaligen freiheitlichen Landeshauptmann-Stellvertreter Leopold Schöggel ins Leben gerufene Veranstaltung ist das größte volksculturelle Fest in Österreich und lockt alljährlich zigtausende Besucher von nah und fern in die Grazer Innenstadt. Dabei wurde wieder einiges geboten: Neben kulinarischen Köstlichkeiten, Volksmusik und

traditioneller Handwerkskunst präsentierten unzählige Vereine und Verbände die Vielfältigkeit der steirischen Kulturlandschaft.

Daher war es auch nicht verwunderlich, dass die steirischen Freiheitlichen mit einer Vielzahl an Funktionären und Mandataren teilnahmen, darunter der Bundesminister für Landesverteidigung und Landesparteiobmann Mario Kunasek, der dritte Landtags-

präsident Dr. Gerhard Kurzmann, EU-Abgeordneter Mag. Dr. Georg Mayer, Klubobmann Mag. Stefan Hermann, MBL und Landtagsabgeordneter DI Gerald Deutschmann. Auch der Ring Freiheitlicher Jugend Steiermark unter Leitung der Landtagsabgeordneten Liane Moitzi verband seine traditionelle Herbstklausur mit einem Besuch dieser Veranstaltung, um die steirische Volkskultur hochleben zu lassen.



Gerhard Kurzmann und Stefan Hermann empfangen den Salzburger Landtagsklub im Grazer Landhaus.

Salzburger Landtagsklub hielt Klubklausur in der Steiermark ab

Vom 5. bis 7. Oktober besuchte eine Abordnung der FPÖ Salzburg im Rahmen ihrer Klubklausur die Steiermark. Neben arbeitsintensiven Vorträgen standen auch diverse Besuche am Programm. So ließen es sich der Dritte Landtagspräsident Dr. Ger-

hard Kurzmann und Klubobmann Mag. Stefan Hermann, MBL nicht nehmen, dem Team um Landesparteiobfrau Marlene Svazek, BA die Räumlichkeiten und die Geschichte des Landhauses näherzubringen. Auch ein Besuch in der Landstube, wo regelmäßig

die Sitzungen des steirischen Landtages stattfinden, durfte nicht fehlen. Im Anschluss stand noch ein gemeinsames Mittagessen am Programm, bevor es für die Salzburger Abordnung weiter in die Südoststeiermark ging.

FPÖ Graz veranstaltete Herbstfest am Schlossberg

Am 5. Oktober fand das mittlerweile traditionelle Herbstfest der FPÖ Graz am Schlossberg statt. Der Einladung von Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio und Klubobmann des Grazer Gemeinderatsklubs Mag. Armin Sippel folgten zahlreiche Gäste, um bei geselliger Runde im Biergarten den Herbstbeginn einzuläuten. Besonderer Ehrengast war FPÖ-Landesparteiobmann Verteidigungsminister Mario Kunasek. Unter den zahlreichen Ehrengästen befanden sich unter anderem der Dritte Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann, der steirische Klubobmann Mag. Stefan Hermann, MBL sowie der Klubobmann der FPÖ Burgenland Géza Molnár. Auch viele weitere hochrangige FPÖ-Funktionäre ließen sich das Herbstfest am Schlossberg nicht entgehen. Dank malerischer Kulisse und prächtigem Herbstwetter wurde bis in die Abendstunden gefeiert, womit sich diese Veranstaltung auch heuer wieder als voller Erfolg herausstellte.



Der Grazer Vizebürgermeister Mario Eustacchio und Armin Sippel, Klubobmann des Grazer Gemeinderatsklubs, bei der Eröffnung des Herbstfestes mit Landesparteiobmann Mario Kunasek.



BÜRO KUNASEK

Das freiheitliche Bürgerbüro

Wir sind immer für Euch da!

**Die Ansprechstelle für alle Bürgeranliegen:
Soziales, Verwaltungsabläufe und Politisches.**

T: 0316 / 375 300

E: mkunasek@fpoe-stmk.at

www.fpoe-stmk.at

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI